



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

EUROSYSTEM

PRESSEKONFERENZ **Frankfurt am Main, 5. September 2013**

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Ich werde Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat heute beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Die neuen Daten und die Analyse haben unsere bisherige Einschätzung weiter untermauert. Der zugrunde liegende Preisdruck im Euro-Währungsgebiet dürfte auf mittlere Sicht gedämpft bleiben. In dieses Bild passt auch, dass das Geldmengen- und insbesondere das Kreditwachstum nach wie vor verhalten sind. Die Inflationserwartungen für das Eurogebiet sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung auf mittlere Sicht unter, aber nahe 2 % zu halten. Gleichzeitig lag das Wachstum des realen BIP im zweiten Quartal im positiven Bereich, nachdem zuvor sechs Quartale lang ein negatives Produktionswachstum verzeichnet worden war, und die bis August verfügbaren Vertrauensindikatoren bestätigen die erwartete allmähliche Verbesserung der Wirtschaftstätigkeit ausgehend von niedrigen Werten. Unser geldpolitischer Kurs ist nach wie vor darauf ausgerichtet, den durch die Aussichten für die Preisstabilität gebotenen Grad an geldpolitischer Akkommodierung beizubehalten und stabile Geldmarktbedingungen zu fördern. Somit wird eine allmähliche konjunkturelle Erholung unterstützt. Mit Blick auf die Zukunft wird der akkommodierende geldpolitische Kurs – im Einklang mit den zukunftsgerichteten Hinweisen vom Juli – so lange wie erforderlich beibehalten. Der EZB-Rat bestätigt seine Erwartung, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden. Diese Einschätzung beruht weiterhin auf den unveränderten, auch mittelfristig insgesamt gedämpften Inflationsaussichten vor dem Hintergrund der verbreitet schwachen Wirtschaft und der verhaltenen Geldmengenentwicklung. In nächster Zeit werden wir alle eingehenden Informationen zu den

wirtschaftlichen und monetären Entwicklungen verfolgen und sämtliche Auswirkungen auf die mittelfristigen Aussichten für die Preisstabilität analysieren. Was die Bedingungen am Geldmarkt betrifft, so wurden diese auch von einem allmählichen Rückgang der Überschussliquidität beeinflusst. Die Rückzahlungen der im Rahmen der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte mit dreijähriger Laufzeit aufgenommenen Mittel spiegeln einen Anstieg des Vertrauens an den Finanzmärkten, eine etwas geringere Fragmentierung der Finanzmärkte und den anhaltenden Abbau der Verschuldung der Banken im Euro-Währungsgebiet wider. Unsere besondere Aufmerksamkeit wird weiterhin den möglichen Auswirkungen dieser Entwicklungen auf den geldpolitischen Kurs gelten.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Nachdem das Produktionswachstum die letzten sechs Quartale negativ gewesen war, stieg das reale BIP des Eurogebiets im zweiten Quartal 2013 um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal. Diese Zunahme ist teilweise auf temporäre Effekte im Zusammenhang mit den Wetterverhältnissen in der ersten Jahreshälfte zurückzuführen. Seither haben sich die umfragebasierten Vertrauensindikatoren, die gegenwärtig für den Zeitraum bis August verfügbar sind, ausgehend von niedrigen Werten weiter verbessert, was unsere Erwartung einer allmählichen konjunkturellen Erholung insgesamt bestätigt. Im Hinblick auf den weiteren Jahresverlauf und das Jahr 2014 dürfte sich die Produktion – insbesondere aufgrund einer allmählichen Belebung der Binnennachfrage gestützt durch den akkommodierenden geldpolitischen Kurs – in Übereinstimmung mit unserem Basisszenario langsam erholen. Darüber hinaus dürfte die Konjunktur von einer allmählichen Zunahme der Auslandsnachfrage nach Exporten des Euroraums profitieren. Überdies scheinen die allgemeinen Verbesserungen, die seit dem vergangenen Sommer an den Finanzmärkten zu verzeichnen sind, allmählich auf die Realwirtschaft durchzuwirken, und auch auf die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung sollte dies zutreffen. Zudem hat sich die allgemein niedrigere Inflation in letzter Zeit positiv auf die Realeinkommen ausgewirkt. Gleichwohl ist die Arbeitslosigkeit im Euroraum nach wie vor hoch, und die notwendigen Bilanzanpassungen im öffentlichen und im privaten Sektor werden die Wirtschaftsentwicklung weiterhin belasten.

Diese Einschätzung kommt auch in den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom September 2013 zum Ausdruck. Den dort enthaltenen Berechnungen zufolge wird das jährliche reale BIP im Jahr 2013 um 0,4 % sinken und im Jahr 2014 um 1,0 % steigen. Gegenüber den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom Juni 2013 wurde die Projektion für 2013 um 0,2 Prozentpunkte nach oben korrigiert, was weitgehend auf neue Daten zurückzuführen war. Für 2014 wurde eine Abwärtsrevision um 0,1 Prozentpunkte vorgenommen.

Die Risiken für den Wirtschaftsausblick im Euroraum sind nach wie vor abwärtsgerichtet. Die jüngste Entwicklung der Bedingungen an den globalen Geld- und Finanzmärkten sowie damit verbundene Unsicherheiten könnten sich negativ auf die Konjunkturlage auswirken. Zu den anderen Abwärtsrisiken zählen höhere Rohstoffpreise im Zusammenhang mit erneuten geopolitischen Spannungen, eine schwächer als erwartet ausfallende weltweite Nachfrage sowie eine langsame oder unzureichende Umsetzung von Strukturreformen in Ländern des Eurogebiets.

Die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI für das Euro-Währungsgebiet belief sich der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im August 2013 wie erwartet auf 1,3 %, verglichen mit 1,6 % im Juni und Juli. Auf der Grundlage der derzeitigen Annahmen für die Energiepreis- und Wechselkursentwicklung dürften die jährlichen Inflationsraten – vor allem bedingt durch die Energiepreisentwicklung – in den kommenden Monaten erneut gering ausfallen. Aus der angemessenen mittelfristigen Perspektive betrachtet dürfte der zugrunde liegende Preisdruck aufgrund der breit angelegten Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und der nur schleppenden Konjunkturerholung niedrig bleiben. Die mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit Preisstabilität im Einklang steht.

Diese Einschätzung kommt auch in den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom September 2013 zum Ausdruck. Den dort enthaltenen Berechnungen zufolge wird die am HVPI gemessene jährliche Teuerungsrate im laufenden Jahr 1,5 % und im kommenden Jahr 1,3 % betragen. Gegenüber den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom Juni 2013 wurde die Inflationsprognose für 2013 um 0,1 Prozentpunkte nach oben korrigiert, während die Prognose für 2014 unverändert blieb.

Die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die Preisentwicklung dürften auf mittlere Sicht nach wie vor weitgehend ausgewogen sein, wobei sich Aufwärtsrisiken vor allem aus höheren Rohstoffpreisen sowie stärker als erwartet steigenden administrierten Preisen und indirekten Steuern und Abwärtsrisiken aus einer schwächer als erwartet verlaufenden Konjunktur ergeben.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so bestätigen die Daten für Juli, dass die Grunddynamik des Wachstums der weit gefassten Geldmenge (M3) und vor allem jene des Kreditwachstums verhalten blieb. Die Jahreswachstumsrate von M3 ging weiter von 2,4 % im Juni auf 2,2 % im Juli zurück. Die jährliche Zuwachsrate von M1 blieb kräftig, verringerte sich im Juli aber auf 7,1 % nach 7,5 % im Vormonat. Das M3-Wachstum wurde weiterhin hauptsächlich durch die Nettokapitalzuflüsse in das

Euro-Währungsgebiet getragen, während sich die Jahresänderungsrate der Buchkredite an den privaten Sektor weiter abschwächte. Die um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigte Zwölfmonatsrate der Buchkreditvergabe an private Haushalte lag im Juli erneut bei 0,3 % und ist damit seit dem Jahreswechsel weitgehend unverändert geblieben. Die ebenfalls um Verkäufe und Verbriefungen bereinigte jährliche Änderungsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften betrug im Juli -2,8 % nach -2,3 % im Juni. Die schwache Entwicklung der Kreditvergabe ist nach wie vor im Wesentlichen Ausdruck der aktuellen Phase des Konjunkturzyklus, des erhöhten Kreditrisikos sowie der anhaltenden Bilanzenpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor.

Seit Sommer vergangenen Jahres hat sich die Refinanzierungssituation der Banken erheblich verbessert. Fortschritte wurden insbesondere auch bei der Erhöhung der heimischen Einlagenbasis in einer Reihe von Ländern mit finanziellen Schwierigkeiten erzielt. Zur Gewährleistung einer angemessenen Transmission der Geldpolitik auf die Finanzierungsbedingungen in den Euro-Ländern ist es wichtig, dass die Fragmentierung der Kreditmärkte im Euroraum weiter zurückgeht und die Widerstandsfähigkeit der Banken erforderlichenfalls erhöht wird. Weitere entschiedene Maßnahmen zur Schaffung einer Bankenunion werden dabei helfen, dieses Ziel zu erreichen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich der wirtschaftlichen Analyse zufolge die Preise auf mittlere Sicht weiterhin im Einklang mit Preisstabilität entwickeln dürften. Die **Gegenprüfung** anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigt dieses Bild.

Um bestehende Ungleichgewichte weiter abzubauen und Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern, müssen die Euro-Länder ihre Reformagenda fortführen. Was die **Finanzpolitik** angeht, so sollten die Regierungen in ihren Bemühungen um eine Verringerung der Haushaltsdefizite nicht nachlassen und die Schuldenquoten wieder senken. Bei der Ausgestaltung der Konsolidierungsstrategien sollten wachstumsfreundliche Maßnahmen mit mittelfristiger Ausrichtung im Vordergrund stehen, die auf eine höhere Qualität und Effizienz öffentlicher Dienstleistungen abzielen und gleichzeitig die durch die Besteuerung bedingten Verzerrungseffekte so gering wie möglich halten. Was die **Wirtschaftspolitik** angeht, so werden Reformen an den Gütermärkten zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit die Gründung neuer Unternehmen erleichtern, den Sektor der handelbaren Güter stützen und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern, während die hohen Arbeitslosenquoten entschlossene Strukturreformen zum Abbau von Rigiditäten an den Arbeitsmärkten und zur Erhöhung der Arbeitskräftenachfrage erforderlich machen.

Ich bin nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation und Sprachendienst

Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.